

Paris fortsetzt, weisen in die richtige Richtung: Ziel dieser regelmäßigen Treffen ist es, die Regierungschefs aller Westbalkanstaaten zusammenzubringen, um die regionale Kooperation in der Region zu stärken und gemeinsam weitere Schritte Richtung EU zu vereinbaren. Auch der Erfolg der Gespräche zwischen Serbien und Kosovo zur Normalisierung ihrer Beziehungen lässt sich größtenteils auf die erfolgreiche Vermittlung der EU zurückführen. Die Einigung war getragen von dem Wunsch beider Staaten, Hürden in ihrer Annäherung an die EU aus dem Weg zu räumen. Die EU verfügt über weitreichende Einflussmöglichkeiten in der Region, die sie weiterhin nutzen und dafür auch langwierige Verhandlungen mit nationalen Regierungen in Kauf nehmen muss. Wichtig dabei ist, dass demokratische Konsolidierung nicht (oberflächlicher) Stabilität geopfert wird. Um Enttäuschung in den Bevölkerungen der Westbalkanstaaten entgegenzuwirken, muss die EU ihre Kommunikationsanstrengungen steigern und den Beitrittsprozess – und damit einhergehend die Verantwortung der nationalen Regierungen – transparent erläutern. Der Frieden im Westlichen Balkan wird durch die gemeinsame EU-Perspektive aller Länder in der Region aufrechterhalten. Sollte diese zu stark an Strahlkraft verlieren, drohen nicht nur von Hoffnungslosigkeit ausgelöste neue Flüchtlingsbewegungen aus dem Westlichen Balkan, sondern auf lange Sicht fragile Staaten mitten in Europa.



Sarah Wohlfeld

arbeitet beim Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und leitet dort ein Projekt zur Förderung von Think Tanks im Westlichen Balkan.

wohlfeld@dgap.org

Rupert Neudeck

Wie Kooperation auf Augenhöhe gelingen kann

Europa und die Maghreb-Staaten

Die Staaten am Mittelmeer müssen viel enger zusammenarbeiten. Der Diplomat Paul Frank, Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1970-1974, und wahrscheinlich bis heute einer der klügsten politischen Analytiker, hatte diese sinnvolle Idee bereits in den Anfängen der deutschen Entwicklungspolitik. Erst einmal müsste man die Staaten um das Mittelmeer stabilisieren, ehe man sich an die Stabilisierung des ganzen afrikanischen Kontinents machen könnte. Hätte man sich daran gehalten, hätte man dort heute eventuell eine Phalanx von stabilen Staaten, von denen vielleicht auch einige nicht nur zur Mittelmeerunion, sondern vielleicht sogar zur Europäischen Union gehören würden.

Das alles geschah aber nicht, und so entwickelten sich diese Staaten einerseits zu Sorgenkindern, andererseits zu hochgeschätzten Partnern im internationalen Handel. Bis heute ist das Bild der Mittelmeerstaaten diffus. Da gibt es eine knallharte und nicht besonders lebensfähige Diktatur in Ägypten, die sich mit eiserner Faust aber ohne die Popularität eines Gamal Abdel Nasser auf Dauer nicht behaupten können. Daneben gibt es das tüchtige, aber in seiner Tüchtigkeit und seinem Ruf immer wieder

bedrohte Tunesien. Dort müsste aufgrund der großen Zahl an jugendlichen Arbeitslosen eine Investitionsoffensive gestartet werden, denn das Land ist von seinem Potenzial her eher mit einem südeuropäischen Land vergleichbar und besitzt in vielen Bereichen eine gut ausgebildete Wirtschaft. Und dann ist da noch Libyen, der größte Sorgenfall im Maghreb.

Aber in fast all diesen Ländern – wahrscheinlich mit Ausnahme von Libyen – könnten die Europäer aktiv sein, auch im Hinblick auf die Belastung dieser Staaten durch die sich illegal dort aufhaltenden afrikanischen Migranten. Die Länder des südlichen Mittelmeerrandes sind für die Entwicklung Europas und des gesamten euro-afrikanischen Raums von eminenter Bedeutung. Der ehemalige französische Ministerpräsident Nicolas Sarkozy war ganz sicher kein großer Regierungschef und schon gar kein großer Außenpolitiker. Aber mit der Idee der Mittelmeerunion hat er etwas angestoßen, was diesen Anspruch hochhält.

*Südlicher Mittelmeerrand
für die Entwicklung Europas
von eminenter Bedeutung*

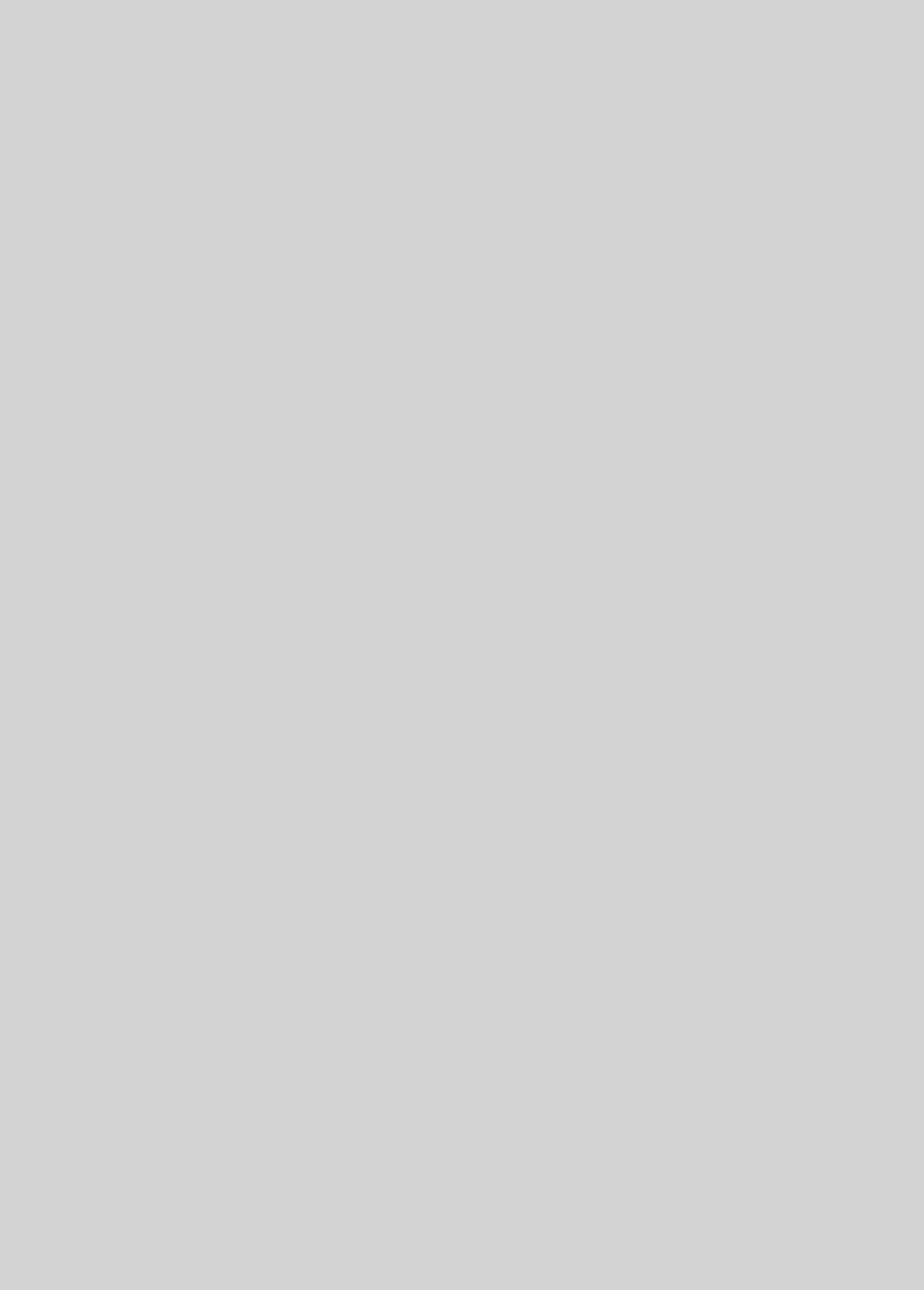
Der Plot einer neuen Initiative wäre eine intensive Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Ländern und eine große Initiative zur Berufsausbildung für junge Migranten in diesen Ländern.

Marokko wird in Zukunft ein zentrales Land in dieser Region für Europa sein. Es hat über die Jahrzehnte seine Stabilität bewahrt, seine Monarchie entwickeln können und verzeichnet wirtschaftlich sowie infrastrukturell einen Aufschwung. Wer beispielsweise von Melilla mit einem Tagesvisum bis Nador geht, bekommt schnell den Eindruck, dass sich das Land infrastrukturell schon unserem EU-Standard annähert.

Allerdings leben in Marokko 52,9 Millionen Menschen, fast alle sind Muslime. Das Land ächzt unter der Last der Hunderttausenden von Flüchtlingen oder Migranten, die sich aus den subsaharischen Ländern auf den Weg machen und hier an der Küste Marokkos auf eine Gelegenheit warten, um über die Zäune der spanischen EU-Exklaven Melilla oder Ceuta in das gelobte »Schengenland« zu gelangen. Die Flüchtlinge kamen alle über die zentrale Strecke, also von Burkina Faso über den Niger und Algerien nach Marokko. Der Tod von König Hassan II., der das Land 38 Jahre regierte, am 23. Juli 1999 hat das Land nicht in Turbulenzen gestürzt. Mittlerweile gibt es in Marokko, wie in Tunesien, eine Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer sowie Vertretungen vieler deutscher Firmen.

Das einzige Mittel, um die jungen Migranten zur Rückkehr in ihr Land zu bewegen, ist, Möglichkeiten für die Berufsausbildung in wichtigen Berufsfeldern zu schaffen. Wir haben das in Mauretania mit 70.000 Migranten ausprobiert. In einer dort weiter existierenden katholischen Pfarrei wurde ein Sozialzentrum aufgebaut. Unsere Erkenntnis war, dass der Rat vieler Politiker an diese jungen Menschen, wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren, da sie dort gebraucht würden, völlig in die Irre führt. Denn diese jungen Leute können nicht aus eigener Kraft zurück in ihr Heimatland, da sie dann dort nicht gut gelitten wären. Sie haben von ihrer Großfamilie oder ihrer Dorfgemeinschaft einen Kredit bekommen. Diesen haben sie, wenn sie einfach zurückgehen, zur Hälfte verbraucht, ohne aber eine Gegenleistung erbracht zu haben.

In dieser Situation ist es sinnvoll, große Berufsschulzentren zu bauen und marokkanische Berufsschullehrer anzuheuern. Sie können dann diesen jungen Afrikanern in anderthalb Jahren einen Beruf in Theorie und Praxis so gut vermitteln, dass diese durchaus erwägen, mit diesem Zertifikat in ihr Heimatland zurückzugehen. Das wäre dann auch der richtige Zeitpunkt für die vielen Mikrokredit-Organisationen in Europa, sich dieser neuen Aufgabe zuzuwenden, um den jungen Ausgebildeten in ihren Hei-



matländern den Weg zu einem eigenen Gewerbe, einem eigenen Laden oder dergleichen zu ebnen.

Ähnlich gut wie in Marokko sind die Ausgangsbedingungen für Europäer in Tunesien. Dort gibt es allerdings weniger Flüchtlinge, weil der Staat offenbar mit schärferen Grenzkontrollen dafür sorgt, dass nicht mehr so viele über die Grenzen ins Land gelangen. Dennoch könnte sich Tunesien über ein solches Programm, das man dann mit einigen Subsahara-Ländern abstimmen müsste, sehr profilieren. Allerdings ist das Land den wütenden Attacken der Ableger des selbsternannten »Islamischen Staates« in Nordafrika oder von Al-Qaida im Maghreb ausgesetzt.

Algerien – das flächengrößte Land des Maghreb – erholt sich langsam von den furchtbaren Auseinandersetzungen, die immer wieder von fundamentalistischen Gruppierungen angeheizt wurden. Algerien findet schrittweise wieder zu seiner tragenden Rolle innerhalb der Maghreb-Länder zurück.

Wir in Europa müssen uns an den Doppelpass gewöhnen, der notwendig ist, um zu einem guten Verhältnis mit diesen Staaten zu kommen. Auch wir Deutsche sind von der grausamen Kolonialvergangenheit berührt, wenn auch nicht so schwer wie Frankreich: So hatten im Mai 1945 etwa französische Truppen nach einer Erhebung des algerischen Volkes gegen die Kolonialmacht unbarmherzig zurückgeschlagen. Zehntausende Algerier kamen bei dem als »Massaker von Sétif« bekannten grausamen Vorgehen ums Leben.

Wir in Europa müssen uns an den Doppelpass gewöhnen

Darauf müssen wir immer noch achten und im Bewusstsein behalten, was diesen Völkern angetan wurde. Andererseits sollten wir uns auch nicht immer gleich als die Vertreter der reinen Demokratie und Rechtsstaatslehre präsentieren, sondern zunächst zu verstehen versuchen, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden ist, einen Staat aus dem Nichts aufzubauen. Algerien hatte schon einmal eine zentrale Rolle bei der Vermittlung zwischen den Blockfreien Staaten und denen der Dritten Welt inne. Der algerische Diplomat Lakhdar Brahimi wurde 2012 zum Sondergesandten der UNO und der Arabischen Liga für Syrien bestimmt. In Algerien selbst könnte ebenfalls eine solche Initiative entstehen. Das Land könnte sich damit einen positiven Ruf innerhalb des Maghreb erarbeiten und für manche Staaten im subsaharischen Afrika eine Kaderschmiede im Bereich der Schul- und Berufsausbildung aufbauen.

In Ägypten sind die Flüchtlinge seit der Machtübernahme von General Abd al-Fattah as-Sisi auch nicht mehr gelitten. Sie galten noch während der Phase, als die Arabellion zu gelingen schien, als Anhänger der Revolution und werden deshalb jetzt eher misstrauisch beäugt. Der Strom der Afrikaner speist sich hauptsächlich aus zwei Ländern, aus Eritrea und aus dem Sudan. Beide Gruppen dürfen sich nicht in Ägypten ansiedeln, weshalb der einzig mögliche Weg für diese Flüchtlinge auf Dauer nur nach Griechenland und Italien führen kann.

Aber auch in Ägypten könnte etwas in Gang gesetzt werden, wenn auch vielleicht noch nicht im großen Stil, aber doch mit einer gewissen Wirkung nach innen. Seit fast 30 Jahren gibt es etwa die Landgenossenschaft Sekem, zwar noch in der Nähe von Kairo, aber eigentlich schon in der Wüste. Das ist eine große Initiative, die von dem ägyptischen Unternehmer Ibrahim Abouleish initiiert wurde, die den alten sozialutoptischen Traum von einer Begegnung von Produzierenden und Unternehmern, von Lehrern und Lernenden realisiert. Diese Landkommune Sekem ist ein wunderbares Beispiel dafür, was aus eigener Kraft entstehen kann. Alle Betriebe, die nach modernem Know-how aufgebaut sind, ob Textilfabrik, pharmazeutisches Unternehmen oder land-

wirtschaftlicher Betrieb, arbeiten mit voller Auslastung für die Versorgung des eigenen Marktes wie für den Export nach Deutschland. Die Hilfsorganisation Grünhelme e.V. hat dort ebenfalls ein Pilotprojekt vereinbart, um zunächst 100 Eritreern eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Nach dem Besuch des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, in Eritrea darf man Hoffnung haben, dass sich der unendliche Strom von jungen Flüchtlingen aus dem Land umkehren lässt. Denn es wäre ja in dieser für Europa und Deutschland schwierigen Situation von besonderer Bedeutung, wenn die Flüchtlinge in ihr Heimatland zurückkehren könnten.

Unsere Politik hat sich bisher aber noch nicht getraut, mit einem der Länder in Nordafrika eine große Kooperation einzugehen. Den möglichen Erfolg kann man jedoch gar nicht hoch genug einschätzen. Wenn sich ein Land von uns wertgeschätzt fühlt, dann ist es ganz anders disponiert, auch etwas zugunsten der gemeinsamen Zukunft zu unternehmen. Ich habe das zwei Mal im afrikanischen Kontext erfahren und werde es nicht vergessen. Das kleine Bundesland Rheinland-Pfalz etwa ist 1982 eine Partnerschaft mit dem vergleichsweise kleinen Land Ruanda eingegangen. Diese Exklusivität ist heute Gold wert. Bei dieser sogenannten »Graswurzelpartnerschaft« sind die Kommunen, Schulen und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen die unmittelbaren Träger während die Regierungsebenen die Arbeiten begleiten. Das Hauptaugenmerk der Zusammenarbeit liegt dabei auf den Grundbedürfnissen der Menschen: Die ruandischen Partner schlagen die Projekte (z.B. Bau eines Trinkwasserbrunnens oder einer Schule) vor, das rheinland-pfälzische Koordinationsbüro in Kigali prüft. Wenn die Finanzierung steht, werden ruandische Kleinbetriebe mit der Umsetzung beauftragt.

Ein anderes Beispiel: Der West-Sudan war mal in den 80er Jahren Hauptziel der Entwicklungshilfe der damaligen Landesregierung von Niedersachsen. Der Name dieses Bundeslandes wurde dort bekannt: Lower Saxony. Als wir 1984 aus dem westlichen Nachbarland in zwei Autos mit den deutschen Farben in Geneina, der Hauptstadt des sudanesischen Bundesstaates West-Darfur ankamen, fragte man uns, woher wir kämen: »Germany?« Erst als wir die Frage: »Is Germany part of Lower Saxony?« bejaht hatten, wurden wir zum Abendessen beim Sultan eingeladen.



Rupert Neudeck

gründete das Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte e.V. und ist seit 2003 Leiter von Grünhelme e.V. Er arbeitet u.a. in Ruanda und im Kongo. 2013 erschien bei C.H.Beck: *Es gibt ein Leben nach Assad: Syrisches Tagebuch.*
r.neudeck@t-online.de